



Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderäte Dr. Matthias TSCHIRF, Dr. Wolfgang ULM und Johannes PROCHASKA, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates am 24.11.2003 (Generaldebatte), betreffend Arbeitsgruppe Dezentralisierung

AB

Ein weiterer Dezentralisierungsschritt im Sinne der Stärkung der Bezirksdemokratie und der Erweiterung der Bezirkskompetenzen ist dringend geboten. Die Bezirke und ihre gewählten Mandatare stellen heute ein wesentliches Rückgrat der Wiener Gemeindeverwaltung dar.

Das Funktionieren einer bürgernahen Kommunalpolitik für die Bezirksbevölkerung ist ohne das tagtägliche Engagement der Bezirksräte, Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter nicht mehr möglich.

In diesem Zusammenhang sind aufgrund der Praxiserfahrungen und der Weiterentwicklung des Verständnisses einer bürgernahen, dezentralen Verwaltung weitere Kompetenzverlagerungen von der zentralen Gemeindeverwaltung an die Bezirksverwaltung notwendig. Auch der Status der Wiener Gemeindebezirke ist zu überdenken und den aktuellen politischen Erfordernissen anzupassen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Es möge eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die im Sinne der Stärkung der Bezirksdemokratie und der Erweiterung der Bezirkskompetenzen konkrete Maßnahmen für einen weiteren umfassenden Dezentralisierungsschritt berat und erarbeitet.

Der Arbeitsgruppe mögen neben den zuständigen Vertretern des Magistrats und externen juristischen Experten auch Mandatare aller im Gemeinderat vertretenen Parteien sowie Vertreter der Bezirke angehören.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24.11.2003

MAGISTRATS DIREKTION DER STADT WIEN	abgelehnt
Eing.: 24 NOV. 2003	
Ref. 15247120031001-KP GAT	
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat	

Walter Mair
F. Pöhlholz